



INKLUSIONS-PEGEL

DER NEWSLETTER ZU INKLUSIVER BILDUNG IN DEUTSCHLAND

mittendrin e.V.

[Startseite](#) / [Nachlesen](#)

Inklusions-Pegel Mai 2021

VON MITTENDRIN E.V. AM 31.05.2021

Neues zum Thema Inklusive Bildung, liebe Leute!

Heute erhalten Sie eine neue Ausgabe unseres Newsletters INKLUSIONS-PEGEL, dem Folgeprojekt unserer Kampagne zum Film DIE KINDER DER UTOPIE. Hier berichten wir jeden Monat, was in Deutschland rund um die Umsetzung von Artikel 24 – inklusive Bildung – der UN-Behindertenrechtskonvention passiert. Dabei versuchen wir einerseits, die Bundesländer und Kommunen als Akteure der Schulpolitik im Blick zu behalten, und andererseits, die Nachrichten nach bundesweiter Relevanz zu filtern.

Das gefällt Ihnen? **Dann empfehlen Sie uns am besten direkt weiter.**

Ihr mittendrin e.V.



Können sprachliche Begriffe Schaden anrichten? Es muss irgendwann zwischen Anfang und Mitte der 10er Jahre gewesen sein, als der Begriff des „Kindeswohls“ Einzug in die Schulpolitik hielt. Die UN-Behindertenrechtskonvention war ratifiziert. Deutschland hatte sich der internationalen Selbstverpflichtung angeschlossen, ein inklusives Schulsystem aufzubauen. Kinder mit Behinderung sollten in die allgemeinen Schulen integriert werden. Manchen Schulpolitikerinnen* war und ist das unheimlich. Sie finden, Kinder mit Behinderung seien in getrennten Förderschulen „besser aufgehoben“. Es sei zu ihrem „Wohl“.

So hat das „Kindeswohl“ Einzug in die Schulpolitik gehalten. Ein Begriff, der gar nicht zum Rechtskreis der Schulpolitik gehört, sondern aus dem Kinder- und Jugendschutz stammt. Um das „Kindeswohl“ geht es in Jugendschutzgesetzen, und zwar immer dann, wenn Kinder vor allem in ihren Familien in Gefahr sind. Mit der „Kindeswohlgefährdung“ rechtfertigt der Staat Maßnahmen, mit denen Jugendämter zum Schutz von Kindern in das elterliche Sorgerecht eingreifen können. Es ist ein scharfes Schwert für verfassungsrechtlich äußerst heikle staatliche Eingriffe ins Familienleben. Und hier liegt die Gefahr, wenn Schulpolitiker in Sachen Schulwahl vom „Kindeswohl“ sprechen:

Die Jugendämter haben die Inspiration aus der Schulpolitik aufgegriffen - und in ihr Arbeitsfeld übersetzt. Und das geht so: Wenn die Anmeldung einer* Schülerin* an der Förderschule mit dem „Kindeswohl“ begründet wird, dann wäre die inklusive Schule in diesem Fall eine „Kindeswohlgefährdung“.

Der Begriff, der in der Schulpolitik noch so freundlich daherkommt, wird nun zur Begründung, Eltern das Sorgerecht für ihre Kinder zu entziehen. Ein Bestehen der Eltern auf das Recht ihres Kindes auf inklusive Bildung wird zum Tatbestand in einer Reihe mit elterlicher Gewalt, Vernachlässigung oder Missbrauch. Menschenrechtlich gesehen ist das atemberaubend, aber leider Realität. Von Schleswig-Holstein über Nordrhein-Westfalen bis Bayern werden zunehmend Fälle bekannt, in denen Jugendämter den Eltern das Sorgerecht entziehen lassen, um die Beschulung an einer Förderschule durchzusetzen – angeblich um eine Kindeswohlgefährdung abzustellen.

Das Kidnapping des Begriffs Kindeswohl durch die inklusionsskeptische Schulpolitik, und das Wiederaufgreifen durch die Jugendämter ist eine geradezu groteske Verfälschung des Gedankens der UN-Behindertenrechtskonvention, die sich die Autorinnen* wohl niemals hätten vorstellen können. Sie haben die inklusive Bildung in der Konvention verankert, um Kindern mit Behinderung endlich Teilhabe an Bildung und Gesellschaft zu verschaffen. Sie haben dafür „angemessene Vorkehrungen“ rechtlich verankert, damit der Staat die richtige und ausreichende Unterstützung bereitstellt. Das tut der Staat bis heute nicht. Und jetzt greift er Eltern, die dafür streiten, auch noch in die elterlichen Rechte ein. Ein Fall dieser Art ist beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Förderschulzwang

Der Fall einer 15jährigen aus Rheinland-Pfalz liegt beim Bundesverfassungsgericht vor. Das Jugendamt hat der Mutter das Sorgerecht gerichtlich entziehen lassen, um gegen den Willen von Mutter und Tochter eine Sonderbeschulung durchzusetzen. Jetzt erregt der Fall internationale Aufmerksamkeit. Die UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung und für Menschen mit Behinderung haben der Bundesrepublik Deutschland ein Statement zugestellt:

Statement der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung und für Menschen mit Behinderung

[Zum Statement](#)

Die Hintergründe des Falls sind hier noch einmal zusammengefasst:

Umschulung auf Förderschule: UN-Sonderberichterstatter intervenieren

bizeps

[Zum Artikel](#)



Foto: BilderBox.com

Schulwahl

Ist die Förderschule für manche Schülerinnen* die bessere Wahl? Unaufhörlich wird diese Frage von Politikern und Fachleuten diskutiert, und zumeist sehr paternalistisch. Nur selten werden die Betroffenen gefragt:

Ich weigerte mich, auf eine Förderschule zu gehen

Zeit

[Zum Artikel](#)





Foto: © Sharon McCutcheon/unsplash.com

Diagnostik

Immer noch ein Tabu-Thema: Sonderpädagogische Diagnosen sind fehlbar und können im Einzelfall großen Schaden anrichten. Besonders hart trifft dies Schülerinnen*, wenn sie unter Verkennung ihrer Potenziale in den Bildungsgang Geistige Entwicklung eingeteilt worden sind. Sehr selten nur finden Betroffene die Kraft und die Unterstützung, sich zu wehren. Hier ein Fall aus Augsburg:

Schicksal eines jungen Riesers: "Ich bin nicht geistig behindert"

Augsburger Allgemeine

[Zum Artikel](#) (Paywall)



Foto: Ulrich Wagner

Baden-Württemberg

Zwei Amtszeiten lang hat die grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg die Umsetzung der inklusiven Bildung verschleppt. Jetzt erkennen Betroffene einen Lichtschimmer im Koalitionsvertrag. Dort steht: "Zudem soll in jedem Schulamtsbezirk ein Zeitplan für einen inklusiven Schulentwicklungsprozess erstellt werden." Wir sind gespannt!

Jetzt für morgen. Der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg

gruene-bw

Zum Koalitionsvertrag



Quelle: greune-bw.de

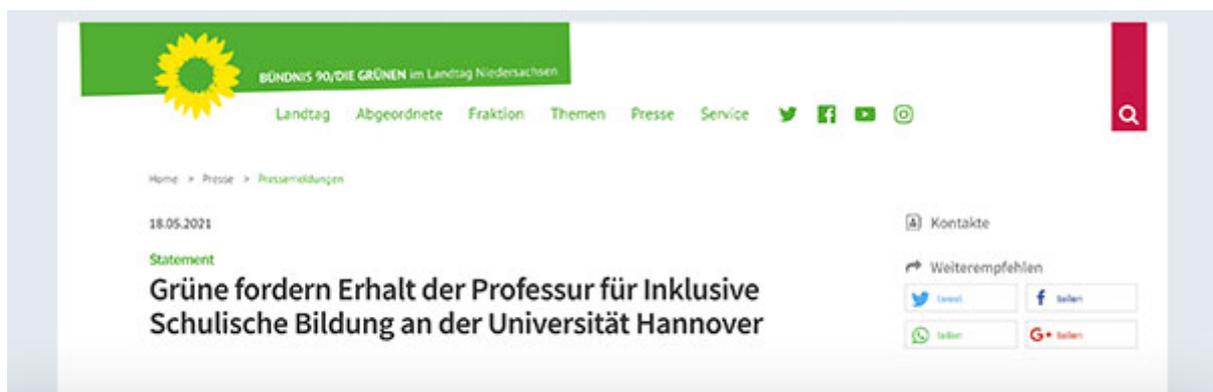
Niedersachsen

Der Mangel an Lehrerinnen* und Sonderpädagoginnen* gilt als eines der ganz großen Hindernisse für den Aufbau der inklusiven Bildung. Um hier wenigstens auf längere Frist eine Verbesserung zu erreichen, müssen dringend mehr Lehrerinnen* ausgebildet werden, und zwar für die Aufgabe der Zukunft: die inklusive Bildung. Der niedersächsische Wissenschaftsminister scheint das anders zu sehen. Er will eine Professur für inklusive Bildung streichen.

Grüne fordern Erhalt der Professur für Inklusive Schulische Bildung an der Universität Hannover

fraktion.gruene-niedersachsen

[Zur Webseite](#)



Quelle: www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

Bewegung

In Berlin baut sich eine Bewegung für eine umfassende Schulreform auf. Die Unterstützerinnen* inklusiver Bildung haben daran einen wesentlichen Anteil:

Kampagne "Schule muss anders" fordert bessere Bildung

Zeit

[Zum Artikel](#)



Deutscher Schulpreis

Der Deutsche Schulpreis hat in diesem Jahr ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie gut Schulen den Einschränkungen der Pandemie begegnet sind. Und wieder zeigt sich: inklusive Schulen sind die besseren Schulen:

Sie stellte Beeindruckendes auf die Beine: Hamburger Schule gewinnt wichtigen Preis

MOPO

[Zum Artikel](#)



Foto: picture alliance/dpa

und wer noch mehr über die Hamburger Schule Alter Teichweg wissen will:

Deutscher Schulpreis 2021 – Eine eigene Late-Night-Show für das Miteinander

Deutschlandfunk

[Zum Artikel](#)

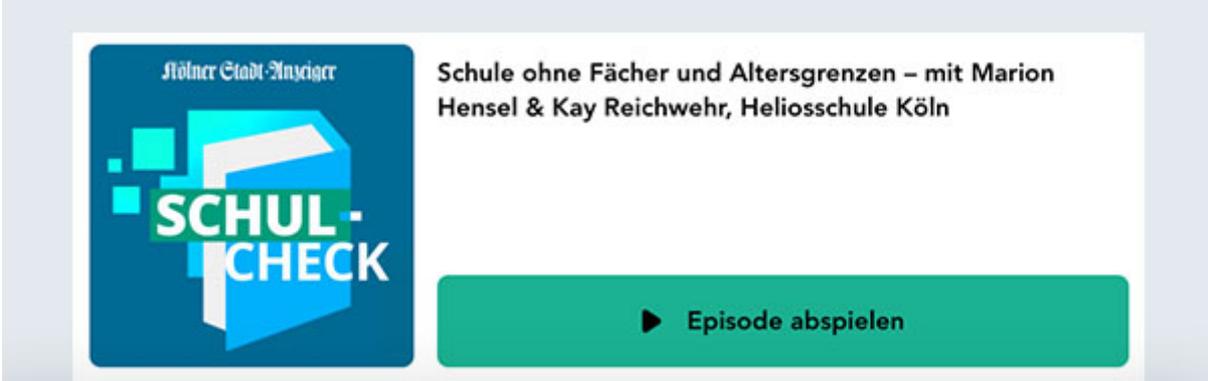
Inklusive Schule

Auch in Köln zeigt eine gute inklusive Schule, wie man besser durch die Corona-Zeit kommt. Ein Podcast über eine öffentliche Schule ohne Jahrgangsklassen und Stundentafel:

Kölner Heliosschule im Podcast: Wie Schule ohne Fächer und Altersgrenzen gelingt

Kölner Stadt Anzeiger

[Zum Podcast](#)



Quelle: ksta.de

Inklusives Gymnasium

Vielen gilt die Inklusion als unvereinbar mit der Schulform Gymnasium. Die Tellkampfschule in Hannover versucht den Gegenbeweis:

Inklusives Gymnasium Tellkampfschule – Motiviert aus tiefstem Herzen

Deutschlandfunk Kultur

[Zum Artikel](#)



picture alliance / dpa / Maurizio Gambarini

Kommunales 1

Um Konflikte zu vermeiden, hält die Schulpolitik in vielen Bundesländern die inklusive Entwicklung von den Gymnasien fern, zum Teil auch von den Realschulen. Das erzeugt neue Probleme in der Kommunalpolitik, wie hier in Nordrhein-Westfalen:

Schließung der Realschule eine Option

Die Glocke



[Zum Artikel](#)



Foto: Inderlied

Kommunales 2

Dass Kommunen und Kreise sich systematisch mit der Aufgabe beschäftigen, vor Ort eine inklusive Schullandschaft aufzubauen, ist immer noch selten. Stattdessen wird auch in der Region Hannover viel Geld ausgegeben, das alte System der Förderschulen zu erhalten:

Region will Förderschule für 2 Millionen Euro kaufen

Hannoversche Allgemeine

[Zum Artikel](#)



Quelle: privat

Kommunales 3

In der Gemeinde Weyhe im Kreis Diepholz/Niedersachsen diskutiert der Rat: Braucht man eine neue Förderschule-Dependance oder sollte man mehr für schulische Inklusion tun?

Inklusion auf dem Prüfstand

Weser Kurier

[Zum Artikel](#)



Foto: UDO MEISSNER

Bluttest auf Trisomien 1

Fragen, die nach Lektüre dieses Artikels offen bleiben:

Wie kommt der G-BA zu der Aussage, dass der NIPT als Kassenleistung auf wenige Ausnahmesituationen - auffälliger Ultraschall, Alter, Familiengeschichte - beschränkt sei? Das steht so NICHT in der neuen Mutterschaftsrichtlinie.

Wenn die Sorge, dass der NIPT in Richtung eines Screenings aller Schwangeren auf Trisomie 21 geht, wirklich unbegründet ist, wie im Artikel Kurt Hecher der UKE Hamburg und Christoph Rehmann-Sutter der Uni Lübeck zitiert werden, warum geht dann der Berufsverband der Frauenärzte von einer künftigen Inanspruchnahme des NIPT von bis zu 90 % aus? (**Zur Stellungnahme**) Und Marktanalysten der Pharmaszene von rund 75 %? (**Zum Interview**)

Und was ist das für ein schwaches Argument von Rehmann-Sutter: "Und wenn die Tests ohnehin erlaubt sind: Warum sollte die finanzielle Ausstattung darüber entscheiden, wer sie durchführt?" Warum wird dann nicht NIPT auf Mukoviszidose, Monosomien, Mikrodeletionen gezahlt?

Paare mit Geld buchen diese Optionen einfach dazu, die soziale Unwucht bleibt. Und warum wird die Frage der sozialen Gerechtigkeit ausgerechnet bei der Vermeidung eines Kindes mit Trisomie gestellt? Brillen werden auch nicht gezahlt.

Warum wird laut Christina Schües der Uni Lübeck die rote Linie erst bei weiteren Untersuchungen des Genoms überschritten? Was sagt das über unseren Blick auf Menschen mit Down-Syndrom?

Der Artikel folgt unreflektiert einem problematischen Narrativ im medizinischen Diskurs: "Behinderung = Leid = Schaden". Unter Diskriminierungsgesichtspunkten eine Katastrophe.

Ist mein Kind krank oder nicht?

Süddeutsche Zeitung

Zum Artikel (Paywall)



Foto: Daniel Karmann/dpa

Bluttest auf Trisomien 2

Das Bündnis #NoNIPT hat am 5. Mai dem Europäischen Protesttag für Menschen mit Behinderung eine Kampagne gestartet. „Seit langem weisen wir auf gravierende Unstimmigkeiten und Probleme in der Begründung zur Kassenfinanzierung des vorgeburtlichen Bluttests hin – und werden von der Politik ignoriert. Wir haben den Eindruck, dass ein Großteil unserer Parlamentarier*innen schlicht nicht begriffen hat, worum es hier wirklich geht. Unsere Kampagne ist ein lauter Ruf aus der Zivilgesellschaft in Richtung Bundestag, sich den Argumenten endlich zu stellen. Voraussichtlich Mitte Juli findet im GB-A die abschließende Sitzung im Verfahren zur Kassenzulassung statt, die Zeit drängt!“, so Tina Sander vom Inklusionsverein mittendrin e.V.

„Wir sind überwältigt vom großen Interesse!“ schreibt das Bündnis auf der eigenen Webseite. „Seit dem Kampagnenstart am 05.05.2021 haben wir bereits 44 Stimmen für #NoNIPT auf unserer Homepage veröffentlichen können. Via Instagram und Facebook haben wir schon mehr als 15.000 Menschen erreicht. Jeden Tag besuchen um die 300 Menschen unsere Website. Das motiviert uns weiterzumachen! Euch auch? Bitte teilt, liked und kommentiert weiter, damit das Thema NIPT als Kassenleistung von einer möglichst breiten Öffentlichkeit diskutiert wird!“

Hört uns endlich zu! Kampagne „100 Stimmen für #NoNIPT“

NoNIPT

[Zur Webseite](#)



Quelle: www.NoNIPT.de

Gefällt Ihnen unser Newsletter?

Dann bitte hier weiterempfehlen!

Sie sind noch nicht angemeldet?

Das geht ganz schnell hier!

Gefällt Ihnen diese Ausgabe?

Like Be the first of your friends to like this.

Tweet

mittendrin e.V. | Luxemburger Straße 189 | 50939 Köln | Telefon **0221 33 77 630** | E-Mail **info@mittendrin-koeln.de**

Hallo **Ute Berger**. Hier geht es zu **Ihren Einstellungen** oder zum **Ausloggen**. Bitte beachten Sie unsere **Datenschutzerklärung** und unsere **Cookie-Richtlinien**.

Websitebau: **Film & Campaign Ltd.** auf **NationBuilder**

